

schrittweise einen Zustand der gegenseitigen Angriffsunfähigkeit zu erreichen. Damit haben die sozialistischen Bruderländer die Verwirklichung eines Traumes der Menschheit - die Verbannung von Kriegen aus dem Leben der Menschen - auf die Tagesordnung gesetzt.

Dieses weitreichende Ziel ist real, wenn alle Seiten es wollen. Wichtigste nächste Schritte dafür könnten werden: der Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen bei strikter Einhaltung des ABM-Vertrages, die Einschränkung und schließlich[^] Einstellung der Kernwaffentests, das Verbot der chemischen Waffen und das Ingangsetzen des Prozesses der konventionellen Abrüstung in Europa. Sie alle würden mehr Sicherheit auf unserem Planeten herbeiführen.

Gelegen in der sensiblen Zone von Zentraleuropa, wo eine in der Welt beispiellose Konzentration

modernster Waffensysteme vorhanden ist, betrachtet es die DDR als eine vorrangige Aufgabe, dafür einzutreten, daß in dieser Region spezifische Maßnahmen der Vertrauensbildung und militärischen Entspannung ergriffen werden. Stabilität und Sicherheit in Europa insgesamt gehören zum besonderen Anliegen der Sicherheitspolitik der SED wie der DDR. Bereits seit geraumer Zeit hat die Regierung der DDR gemeinsam mit der Regierung der ÖSSR der BRD die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorgeschlagen. Welche breite internationale Unterstützung diese Initiativen genießen, wurde während des Berliner Internationalen Treffens für kernwaffenfreie Zonen deutlich. In die gleiche Richtung zielt der Vorschlag von SED und SPD zur Errichtung einer Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa.

Abschluß dieses Treffens eingesetzt. Das von den 35 Teilnehmerstaaten angenommene Dokument bekräftigt bedeutende Grundlagen für den Entspannungsprozeß, die zehn Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und eröffnet die Möglichkeit, die friedliche Zusammenarbeit der Staaten in allen Bereichen auf ein qualitativ neues Niveau zu heben. Das wichtigste Ergebnis besteht darin, daß die Abrüstung erstmalig zum Bestandteil des KSZE-Prozesses wird.

Die Verwirklichung des Wiener Schlußdokuments wird jedoch nicht von allen so betrachtet, wie es im Dokument niedergeschrieben wurde. Das zeigte sich bereits auf dem Abschlußtreffen in Wien. Gerade diejenigen, in deren politischer Verantwortung es läge, die Voraussetzungen für Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und ideologische Diversion abzubauen, wollten zum Beispiel der DDR vorschreiben, wie sie ihre Grenze sichern und Ungebetenen Tür und Tor öffnen soll.

Die DDR wird ihren internationalen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen. Sie wird sich aber auch gegenüber „unfreundlichen Akten“ zu schützen wissen. Das betrifft nicht zuletzt auch den Bereich der Menschenrechte, wo westliche Staaten bei ihrem Nachholbedarf nicht die geringste Veranlassung besitzen, sich als Förderer aufzuspielen.

Ausgehend von einer nüchternen und sächlichen Analyse des in 40 Jahren DDR-Friedenspolitik Erreichten, wird in Vorbereitung des XII. Parteitages der SED der Blick gerichtet auf die vor uns stehenden Aufgaben. 40 Jahre Friedenspolitik im Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern hat maßgeblich dazu beigetragen, daß in Europa der Friede erhalten blieb.

Westliche Vorwände entlarvt und widerlegt

Es wäre durchaus an der Zeit, daß auch von der Regierung in Bonn entsprechend der von ihr im Kommuniké im Ergebnis des Besuches von Genossen Erich Honecker in der BRD anerkannten besonderen Friedensverantwortung beider deutscher Staaten sichtbare Taten folgen würden. Das gilt um so mehr angesichts der jüngsten einseitigen Abrüstungsschritte der UdSSR, der DDR und anderer sozialistischer Staaten, die die Ernsthaftigkeit der Abrüstungsbereitschaft der sozialistischen Staaten unter Beweis stellen.

Diese Schritte prägen den defensiven Charakter der Streitkräfte des Warschauer Vertrages weiter aus und schaffen günstige Voraussetzungen für einen zügigen und ergebnisorientierten Anlauf der im März beginnenden Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte und Rüstungen vom Atlantik bis

zum Ural. Die Abrüstungsschritte wie auch der von den Warschauer Vertragsstaaten kürzlich veröffentlichte Streitkräftevergleich von Warschauer Vertrag und NATO widerlegen ein weiteres Mal die westlichen Behauptungen von einer Bedrohung aus dem Osten und einer angeblichen konventionellen Überlegenheit des Warschauer Vertrages. Sie entlarven sie als das, was sie sind: fadenscheinige Vorwände für das Festhalten an der Politik der nuklearen Abschreckung und der Vorwärtsstrategie.

Mit der Vereinbarung des Schlußdokuments des Wiener KSZE-Folgetreffens wurde ein für die Perspektiven der Entspannung in Europa bedeutsamer Schritt getan. Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten hat sich die DDR mit konstruktiven Vorschlägen, Flexibilität und Kompromißbereitschaft konsequent für den erfolgreichen

Herbert Krolkowski
Staatssekretär
und 1. Stellvertreter des Ministers
für Auswärtige Angelegenheiten der DDR